

Niederschrift

zur 60. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 19.02.2019	18:31- 22:05 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Kai Hamacher,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

Stephan Wende ab 18:50 Uhr (TOP 8.1),

CDU-Fraktion

Rolf Hilke ab 18:38 Uhr (TOP 8.1) bis 21:47 Uhr (TOP 9),

Wolfgang Petenati als Vertreter von Jens Hoffrichter,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

Christina Krüger,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker bis 19:12 Uhr (TOP 8.1) und ab 19:42 Uhr (TOP 8.3),

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,

Udo Hergarten,

Tobias Keßlau,

Bernd Saliter,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Sigrid Daske, Behindertenbeirat,

Elke Neitsch, Behindertenbeirat,

Karl-Heinz Wittig, Ortsbeirat Heideland,

Jürgen Hajduk, Ortsbeirat Heideland,

Bettina Dickson, Fugmann & Janotta,

Manja Wilde, Märkische Oderzeitung,
Roswitha Carlin sowie
13 weitere Bürgerinnen und Bürger.

Abwesend

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter (entschuldigt).

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:31 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind neun stimmberechtigte Abgeordnete anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschriften

TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 04.12.2018

Herr Hajduk vom Ortsbeirat Heide land bittet um eine **Korrektur**: Im Tagesordnungspunkt 8.2 soll im Zusammenhang mit dem beschlossenen Antrag von Herrn Fischer klargestellt werden, dass die Bürgerbudgetmittel nicht komplett für die Planungskosten zu nutzen sind. Herr Fischer führt aus, dass die Bürgerbudgetmittel für die Gesamtkosten des Projektes verwendet werden. Für die Planung wird nicht die gesamte Summe des Bürgerbudgetgeldes verwendet. Der Radweg und die Querung werden jedoch erheblich mehr Geld kosten als aus dem Bürgerbudget bereit steht. Prinzipiell sollte das Bürgerbudget nicht überstrapaziert werden. Herr Hajduk weist darauf hin, dass der Bürgerbudgetantrag nur den Radweg enthielt, nicht die Querungshilfe und die Haltestelle.

Die Niederschrift wird mit der Änderung bestätigt.

Zustimmung mit Änderung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 15.01.2019

Die Niederschrift wird bestätigt.

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Informationen für den Ausschuss.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Anfragen oder Informationen aus den Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Frau Carlin erklärt sich mit der Aufzeichnung und Veröffentlichung einverstanden. Sie fragt nach der Antwort ihrer Anfrage aus der letzten Sitzung nach den Ampelschaltungen an der **Dr.-Wilhelm-Külz-Straße**: Wird mit Grün-Signal an der Karl-Marx-Straße mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit gefahren, schaltet die Ampel am Stern auf Rot. Da damit ein Anreiz zum schnelleren Fahren einhergeht, regt sie eine Überprüfung der Schaltungen an. Herr Tschepe kann noch keine Antwort geben, nimmt die Anregung aber noch einmal mit.

Weiterhin informiert Herr Tschepe über eine Absprache zwischen dem Bürgermeister und den Ausschussvorsitzenden. Nach dieser werden künftig die Anfragen der Abgeordneten in den Ausschüssen gesammelt und in der darauf folgenden Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme für alle Abgeordnete beantwortet. Er regt an, dort auch offen gebliebene Antworten auf Bürgeranfragen in den Einwohnerfragestunden zu geben.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Landschaftsplan der Stadt Fürstenwalde/Spree, hier: Auslagebeschluss 6/DS/869 im Sinne der §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) (BE: Fr. Dickson, Büro Fugmann & Janotta)

Herr Tschepe erläutert, dass die nächste Stufe für den Landschaftsplan die förmliche Auslegung sein wird. Wenn Fragen auftauchen, Hinweise zu geben sind oder Fehler festgestellt werden, sollen diese an die Verwaltung gemeldet werden. Die heutige Präsentation kann auch als Werkstattgespräch verstanden werden.

Frau Dickson hatte bereits vor anderthalb Jahren einen früheren Verfahrensstand im Ausschuss vorgestellt. Seitdem wurden die Maßnahmen konkretisiert und sektorale Entwicklungsschwerpunkte gebildet. Dies mündete in einem **Maßnahmenkonzept**. Das Stadtgebiet wurde in sieben Bereiche gegliedert, die einfacher zu handhaben sind. Der Landschaftsplan umfasst sieben Bestandskarten für die Schutzgüter und vier ergänzende Karten (Biotopverbund, naturschutzfachliches Entwicklungskonzept, Grün-, Freiflächen und Erholungsinfrastruktur, Kompensationsflächen). Die Flächen sollen für eine multifunktionale Nutzung ausgerichtet werden. Die Darstellung der Kompensationsflächen ist ein erster Schritt in Richtung Bildung eines Flächenpools für Kompensationsmaßnahmen. Alles wird ausführlich im Text beschrieben.

Herr Almes weist darauf hin, dass Karte 10 in den Anlagen der Drucksache fehlt. Dies wird geprüft und schnellstmöglich abgeholfen, sagt Herr Tschepe.

Frau Dickson stellt stellvertretend zwei der Schwerpunkträume vor, um das Prinzip zu verdeutlichen: In den **Pflaumenbergen** sind blau naturnähere und grün forstwirtschaftlich geprägte Wälder dargestellt. Der Bereich bildet das Geotyp Binnendüne, das erhalten werden soll. Herr Starcken fragt nach den dargestellten drei parallelen Wegen im Entwicklungskonzept. Frau Dickson merkt an, dass nur eine behutsame Entwicklung angestrebt wird und daher keine neuen Wege entstehen sollen. Dies schließt eine punktuelle Gestaltung an Wegen nicht aus.

An der **Hangkante** Nord besteht ein wertvolles Nebeneinander von Feuchtgebieten, Landwirtschaftsflächen, Gehölzen und Kleingärten. Hier gibt es wichtige Artenvorkommen (Tierbestände). Der Erhalt der Strukturen ist wichtig und die Erweiterung des Pflegekonzeptes nötig. Eine behutsame Erschließung über einen Rundweg kann zu einer Besucherlenkung weg von den wertvollen Bereichen führen.

Insgesamt gibt es etwa 18 Schwerpunkträume. Viele Hinweise vom NABU sind noch einzuarbeiten. Ansonsten hat sich das Büro intensiv auch mit anderen Akteuren zusammengesetzt, z.B. dem Stadtforst. In Fürstenwalde gibt es viele Ansatzpunkte zur Steigerung der **Biodiversität** im Stadtgebiet. Der Landschaftsplan ist bei Änderungen des Flächennutzungsplanes zu berücksichtigen. Er ist auch für touristische Aspekte wichtig.

Die aktuelle **Zeitplanung** sieht die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit für Ende des 1. Quartals 2019 vor. Die Stellungnahmen und Abwägungsstände werden Ende des 2. Quartals vorgestellt, sodass der Landschaftsplan Ende des 3. Quartals beschlossen werden kann.

Herr Almes verweist bei Karte 9 auf die Darstellung von Gebäuden am Altstädter Platz, während an der Uferstraße keine Gebäude dargestellt sind und fragt nach den Hintergründen. Er würde den Landschaftsplan gern zunächst in der **Fraktion** besprechen, um Zuarbeiten machen zu können. Herr Tschepe führt aus, dass die geplante Beteiligung dazu dient, Stimmen einzusammeln. Wenn in den Fraktionen Fragen aufkommen, können diese an die Verwaltung übermittelt und gesammelt im nächsten Ausschuss beantwortet werden. Dadurch würde sich die Prozedur um eine Terminkette verschieben.

Herr Wende hat den Eindruck, dass die Beschreibung zum Teil ohne **Vorortkenntnisse** erfolgte und fragt nach dem Vorgehen. Einige Aspekte können unmöglich stimmen, so zweifelt er das Vorkommen der Gelbbauchunke an. Frau Dickson sagt, dass Vororttermine i.d.R. nicht notwendig sind, um eine Biotopkartierung des Gesamttraumes zu erbringen. Es war auch nicht beauftragt. Auf gesamtstädtischer Ebene wurden Daten aus allen Richtungen abgefragt und nur die Schwerpunktbereiche intensiver betrachtet. Dies bedingt, dass sich Fehler einschleichen können, zum Teil auch als Folge der Fortschreibung. Daher sind Hinweise gut und wichtig.

Herr Wende merkt an, dass die Auslegung auch für die Fraktionen gilt und diese sich dabei einbringen können. Es handelt sich allerdings um sehr viel Material. Dies lässt die Frage nach der Intensität der **Beteiligung** aufkommen. Herr Wende regt ein oder zwei Öffentlichkeitsformate an.

Herr Hilke findet beides richtig. Er würde zum einen gern der Öffentlichkeit ein im Ausschuss abgestimmtes Werk vorstellen und zum anderen einen breiteren Rahmen finden. Es ist ein Thema, dass auch in einer singulären Veranstaltung behandelt werden könnte. Dann könnten auch andere **Vertreter** zu Wort kommen (Förster, Jäger, Landwirte, Naturschützer), um ein umfassendes Bild zu bekommen. Die betrachteten Flächen sind im Eigentum oder in der Nutzung durch Andere, sodass denen eine Möglichkeit der Stellungnahme gegeben werden sollte.

Herr Almes fragt, warum parallel nicht auch der **Flächennutzungsplan** (FNP) neu aufgestellt wurde. Herr Tschepe sagt, dass der FNP von 1997 auch durch diverse erfolgte Änderungen in Gänze nicht so grundlegend zu überarbeiten ist, wie der Landschaftsplan (LAP). Die großräumige Verteilung der Gebiete im FNP ist in den Grundzügen weiterhin gültig. Möglicherweise erfordert eine zusätzliche Dynamik, bspw. durch die BER-Eröffnung, eine FNP-Überarbeitung. Diese dauert etwa 3 bis 4 Jahre und kostet einen sechsstelligen Betrag. Ein aktueller LAP wäre dann eine gute Grundlage.

Herr Almes vermisst **Visionen** für die zukünftige Entwicklung. So fehlt die Brücke im Westen. Frau Dickson sagt, dass in einem Parallelverfahren beide Zielstellungen abgeglichen würden. Eine bauliche Planung kann aber nur reaktiv begleitet werden.

Herr Hamacher spricht sich für eine Vertagung aus und für die Durchführung einer **Werkstatt** mit öffentlicher Einladung. Herr Wende fragt, ob das Büro Vorschläge zu Beteiligungsformen geben könnte. Dies bestätigt Frau Dickson. Herr Tschepe sagt, dass die öffentliche Auslage auch durch eine Veranstaltung ergänzt werden könnte. Diese kann auch vor dem Auslagebeschluss erfolgen.

Herr Hamacher bittet, aufkommende Fragen im Vorhinein an die Stadtverwaltung zu übermitteln. Herr Tschepe sagt die Organisation einer **Veranstaltung** mit dem Büro und die zeitnahe Mitteilung des Termins zu. Herr Henkel regt an, die Veranstaltung als Eröffnung der Auslage zu gestalten.

Mit sieben Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird die Abhaltung einer Öffentlichkeitsveranstaltung vor dem Auslagebeschluss beschlossen.

Protokollnotiz: Herr Zänker war zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

Herr Tschepe stellt klar, dass es sich nur um einen Zwischenstand handelt, da das Ziel noch nicht erreicht ist. Das Büro kann wieder im Internet gebucht werden. Die Praktikabilität der **Schlüsselübergabe** wurde schon verbessert und wird noch weiter optimiert. Das Freifunk-Problem, welches durch die Entfernung des Routers entstand, konnte noch nicht gelöst werden. Wenn Fragen zum Sachstand auftreten, können sie auch in der Stadtverordnetenversammlung gestellt werden.

TOP 8.3 Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines "digitalen Marktplatzes" 6/AN/863 (City-Portal, City-App)

Herr Henkel von der einbringenden FDP-Fraktion informiert, dass der Antrag in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen einstimmig angenommen wurde. Der Antrag zielt darauf ab, die Interessen von Bürgern und Gewerbetreibenden zu verknüpfen. Herr Hamacher ergänzt, dass im o.g. Ausschuss der Beschlussvorschlag leicht angepasst wurde, in dem der letzte Teil (Realisierung) gestrichen wurde. Dies erfolgte unter dem Eindruck, dass zunächst die Ergebnisse der Beratungen abgewartet werden sollen, bevor gehandelt wird.

Herr Wende unterstützt den Antrag. Da es viele **Weiterentwicklungsmöglichkeiten** gibt, sollte aus seiner Sicht der Start so groß wie möglich erfolgen.

Herr Hilke sieht in der Zusammenfassung der vielfältigen Angebote in Fürstenwalde einen positiven Ansatz. Zur Umsetzung bedarf es eines straffen **Projektmanagements** in der Verwaltung. Hier sollte es einen Verantwortlichen geben. Er fragt nach der Meinung der Verwaltung zum Antrag. Herr Tschepe sagt, dass die Förderung des ortsansässigen Handels vom Fachbereich 4 begrüßt wird. Die Federführung des Projektes in der Verwaltung liegt bei der Wirtschaftsförderung.

Herr Fischer informiert, dass der Bürgermeister den Antrag begrüßt. Ferner hatte Herr Fischer auch im o.g. Ausschuss angeregt, die Punkte 1 und/oder 2 in der Sachverhaltsdarstellung durch die Rahn-Schule oder OSZ ausführen zu lassen. Dort werden **Wirtschaftskaufleute** ausgebildet, die die Punkte als Praxisprojekte abarbeiten könnten. Es bedarf einer professionellen Begleitung. Geklärt werden muss, ob die Verantwortung bei der Verwaltung liegen soll und wie die finanzielle Beteiligung der Profiteure geregelt wird. Ein einheitliches Auftreten der einzelnen Läden im Internet trägt zur Nutzerfreundlichkeit bei.

Herr Starcken sagt, dass ein derartiger Vorschlag bereits 2017 gemacht wurde. Damals war die FDP-Fraktion schon mit der IHK im Gespräch. Er empfiehlt, das Ganze nicht zu breit aufzufächern. Besser ist es, erst eine **kleine Lösung** umzusetzen und diese dann sinnvoll zu erweitern. Es dient vornehmlich als Werbefenster für das Angebot der Einzelhändler.

Herr Wende widerspricht und sagt, es sollte größer gedacht werden, um möglichst viele Menschen mitzunehmen. Der Antrag enthält an dieser Stelle viele **Interpretationsmöglichkeiten**.

Herr Luban verweist darauf, dass es für die wenigen **Einzelhändler** sehr teuer wird, wenn diese die Kosten tragen sollen. Es sollten auch die Ketten beteiligt werden.

Herr Hemmerling sagt, dass der Wirtschaftsförderungsverein (WFV) bislang eher destruktiv arbeitet. Vielleicht kann dieser motiviert werden, an der Erarbeitung der Digitalisierung mitzuarbeiten. Herr Hilke weist darauf hin, dass der WFV genau wie der Einzelhändlerverband das nicht leisten können, da sie **ehrenamtlich** geführt werden. Bei einem derartigen Projekt kann von einer Bearbeitungsdauer von mindestens einem Jahr ausgegangen werden, wenn sich eine Person ausschließlich damit befasst. Herr Hamacher unterstützt Herrn Hilke und betont, dass das Thema über die Wirtschaftsförderung hinausgeht. So können sich auch Vereine präsentieren.

Der Vorsitzende fragt die einbringende Fraktion, ob der Beschlussvorschlag entsprechend des Votums im anderen Ausschuss gekürzt werden kann. Herr Henkel stimmt zu.

Der geänderte Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Antrag genannten Schritte in enger Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Beteiligten abzuarbeiten und regelmäßig Bericht in der Stadtverordnetenversammlung zu erstatten.

Zustimmung mit Änderung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Sachstandsinformationen Tränkeweg zum Antrag 6/AN/728 der Fraktionen FDP und B90/Die Grünen 6/IV/860

Herr Tschepe merkt an, dass die zentralen Punkte in der Zuständigkeit des Hauptausschusses liegen. Der Fachbereich 4 kann im Wesentlichen nur durch Grundstückskäufe oder Bauleitplanung steuernd tätig werden. Ein Problem, dass im Fachbereich 4 aktuell aufgelöst wird, liegt in der unklaren Zuordnung von **Grundstücksnummern** zu Flurstücken. Offensichtlich wurden einzelne Grundstücksnummern mehrfach für verschiedene Grundstücke unterschiedlicher Eigentümer verwendet. Hier wird eine Neuordnung erfolgen, um eine Eindeutigkeit herzustellen.

Herr Almes sagt, dass die Behandlung des Antrages im Stadtentwicklungsausschuss auch richtig ist, weil das Gebiet sehr stark mit Abfällen belastet ist. Bei Probenahmen konnten erhebliche **Belastungen** z.B. mit Öl und Benzin festgestellt werden. Weitere Bodenproben sind von einer Privatinitiative geplant. In der Vergangenheit wurden die Belastungen und Zuständigkeiten von einem Grundstück zum anderen geschoben. Ein verantwortungsvolles Handeln der Verantwortlichen fand über Jahre nicht statt. Es gab bereits viele Brände auf dem Gelände und die Brandgefahr ist weiterhin sehr hoch (z.B. beim Matratzenlager), aber es ist nicht einmal eine Löschwasserauffangmöglichkeit vorhanden. Die Probleme müssen professionell unter Einbeziehung des Ausschusses aufgearbeitet werden. Herr Tschepe sieht die unmittelbare Verantwortlichkeit dennoch bei anderen Fachgruppen bzw. Ausschüssen. Als Ausnahme ist nur die Biogasanlage anzusehen, da es sich um ein städtisches Objekt handelt.

Herr Zänker fragt allgemein, wie belastete Flächen bei der Planung erfasst werden. Herr Tschepe sagt, dass **Altlastenverdachtsflächen** im Flächennutzungsplan (FNP) gekennzeichnet werden und das Thema auch bei der Erstellung von Bebauungsplänen behandelt wird. Wenn Fachbehörden in der Beteiligung im Verfahren entsprechende Hinweise geben, finden detaillierte Untersuchungen statt. Herr Almes fragt, ob die Darstellung der Altlasten im FNP noch aktuell ist. Herr Tschepe erläutert, dass bei der Erstellung des FNP 1997 alle Bereiche gekennzeichnet wurden, die der Landkreis damals gemeldet hat. Bei späteren planerischen Tätigkeiten wurden Altlastenverdachtsflächen im FNP nach Konversion entfernt bzw. neu dargestellt, wenn sie bekannt wurden.

Auf Herrn Zänkers Frage zur Prüfung der Einhaltung der Kunststofflagerrichtlinie verweist Herr Tschepe auf den zuständigen Hauptausschuss.

Herr Hemmerling betont, dass es sich bei dem Thema nicht um ein einfach zu lösendes Problem handelt, da ein hohes Maß an krimineller Energie dahintersteht. Die Eingrenzung der **Verantwortlichkeiten** durch die Verwaltung ist ein sinnvoller erster Schritt, um die Verantwortlichkeiten benennen und Verantwortliche binden zu können. Es muss regelmäßig nachgehakt werden, da bislang wenig geschah.

TOP 8.5 Städtebauliche Entwicklung im Umfeld der ehemaligen Aufbauschule - 6/DS/864 Vorstellung der Konzeptvarianten als Vorgaben zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 106 "Akademie Campus"

Herr Tschepe bittet um Nachsicht, dass die Drucksache so spät verfügbar war. Um den Abgeordneten Möglichkeiten für Rückfragen und Diskussionen zu bieten, erfolgt der Beschluss erst in der nächsten Ausschusssitzung. Ziel des Bebauungsplans ist es, die bauliche Entwicklung rund um die Aufbauschule im Zusammenhang mit der Hochschulnutzung (Seniorenwohnen, Campuswohnen,

Garten, Spiel-, Sport- und Freizeitfläche) zu ermöglichen. Weiterhin soll die Erreichbarkeit der Wirtschaftszufahrt des Heimattiergartens zwingend erhalten bleiben.

Der Vorhabenträger hat zwei **Konzeptvarianten** zugearbeitet: In beiden Varianten befindet sich nördlich der Aufbauschule ein Wohnbereich in vier verbundenen Gebäuden für 200 Senioren mit einer Stellplatzanlage, die nördlich davon, zum Heimattiergarten hin ausgerichtet ist. Westlich der Schule ist ein Gartenbereich geplant, dessen weitere Ausgestaltung (z.B. Gewächshäuser) noch unbestimmt ist. Am Schnittpunkt mit dem Heideherr-Schultze-Weg soll ein runder Platz entstehen.

In Variante 1 sind östlich der Aufbauschule, auf dem heutigen Festplatz Wohnungen für 500 Studierende und Fakultätsmitarbeiter in fünf **parallel** angeordneten, gleichartigen Gebäuden geplant. Diese sind lotrecht zur Verbindungslinie der Vorderkanten Schulanbau–Villenruinen ausgerichtet und orientieren sich in ihrer Höhe am östlichen Anbau der Aufbauschule.

Variante 2 sieht hier eine aufgelockerte Bebauung vor. Das westliche Gebäude bildet in Höhe und Ausrichtung ein Pendant zum gegenüberliegenden Schulanbau und bildet mit diesem ein „Eingangstor“. Alle weiteren Gebäude sind **flexibler** gestellt und überschreiten teilweise in ihrer Höhe den Schulanbau. In dieser Variante ist die Anzahl der unterbringbaren Studierenden und Fakultätsmitarbeiter etwas geringer.

Aus städtebaulicher Sicht weisen beide Varianten eine sehr massive Bebauung auf. Gleichzeitig fehlt eine nachvollziehbare Begründung für den Bedarf für derart viele Wohnungen. Im Gebiet befinden sich mehrere große Stellplatzanlagen, welche auch die **Wahrnehmung** aus dem öffentlichen Raum beeinträchtigen. Gleichzeitig scheint der Stellplatzschlüssel (5,5 Wohnungen/Stellplatz) eher zu niedrig zu sein. Die Verwaltung zieht das Fazit, dass die Flächenaufteilung nachvollziehbar und stimmig ist, aber das Maß der Nutzung die städtebauliche Situation überfordert.

Herr Hilke wirft die Frage auf, wie der Ausschuss mit der Drucksache umgehen soll, wenn der Fachbereich 4 schon mit dem Konzept nicht einverstanden ist. Das städtebauliche Konzept mit der Hotelfachschulnutzung **in Einklang** zu bringen ist schwierig, solange noch keine genaue Planung für die Aufbauschule bekannt ist. Herr Hamacher verweist hierzu auf die drei alternativen Beschlussvorschlagsvarianten: Die Abgeordneten können frei entscheiden, ob sie einen der Entwürfe als Grundlage des Bebauungsplans nutzen oder mit den Entwürfen eine frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchführen möchten bzw. den Vorhabenträger aufzufordern, einen neuen Entwurf zu erarbeiten, indem das Maß der Nutzung reduziert wird.

Herr Wende würde gern einen Schritt zurückgehen und zunächst die Ziele formulieren: Die Fachhochschule sollte als Ziel für Fürstenwalde weit oben stehen. Der Träger muss benennen, wie viele Studierende für das Funktionieren der Hochschule gebraucht werden. Wenn die Bebauung hier städtebaulich nicht verträglich ist, müssten dem Vorhabenträger Alternativen angeboten werden. Aus seiner Sicht könnte an dieser Stelle ein eigenständiges kleines **Quartier** mit anderen Anforderungen entstehen. Es könnte das Ziel formuliert werden, einen kleinstmöglichen Flächenverbrauch anzustreben. Auch könnte überlegt werden, weitere Flächen im Umfeld hinzuzuziehen. Das Quartier verfügt über eine gute ÖPNV-Anbindung, sodass ein kleiner Stellplatzschlüssel nicht unpassend sein muss. Wichtig sei ein gutes Angebot an Fahrradstellplätzen.

Herr Fischer regt an, durch Verlängerung der RB 35 mit Bau eines neuen Bahnsteigs im Bereich die Anbindung noch zu verbessern. Zugunsten der Entwicklung des Standorts müssen im Zweifel auch einige Vorgaben des Vorhabenträgers akzeptiert werden, die weniger wünschenswert erscheinen. Geschossfläche sei für ihn nicht die entscheidende Frage, aber wichtig seien eine gute Gestaltung und die Berücksichtigung des Klimaschutzkonzeptes (Gründächer, alternative Energieerzeugung). Herr Fischer regt an, die **Funktionsflächen** Garten und Seniorenwohnen miteinander zu tauschen. Herr Tschepe führt aus, dass die Gewächshäuser an dieser Stelle verortet wurden, um die räumliche Wirkung der Aufbauschule zu erhalten. Ein Tausch ist aber denkbar.

Abschließend führt Herr Tschepe aus, das oberste Ziel sind der Erhalt und die Nutzung der Aufbauschule. Dafür müssen auch **Kompromisse** gemacht werden. Das Problem des Stellplatzbedarfs muss geprüft werden, auch wenn es erstrebenswert wäre, ein Kfz-armes Quartier zu entwickeln. Grundsätzlich ist das Dichtemaß vorstellbar, aber es fehlt die Begründung dafür. Auch ist zu überlegen, ob alle Studierenden und Fakultätsmitarbeiter direkt an der Schule wohnen wollen oder sich

auch im Rest der Stadt ansiedeln. Die Entwürfe können wohlwollend geprüft werden, aber es sollte auf Defizite hingewiesen werden. Es ist üblich, dass ein Investor mit Maximalwerten in ein Verfahren geht, um Verhandlungsmasse zu haben.

TOP 8.6 Bebauungsplan Nr. 113 "Wohnbebauung Uferstraße - Alte Wollfabrik" 6/DS/859 hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

Herr Tschepe leitet ein, dass nach Gesprächen beim Bürgermeister alle drei früheren Bieter einen **Neustart** mittragen würden. Zunächst müssen aber konkrete, belastbare Eckpunkte festgelegt werden, bevor ein neues städtebauliches Verfahren durchgeführt wird. Die Verwaltung macht einige Vorschläge, über die die Abgeordneten einzeln oder im Verbund abstimmen können. Es ist auch die Ergänzung von Vorgaben möglich. Falls die nächste Sitzung für die Diskussion nicht ausreicht, wäre auch die erneute Behandlung in der darauf folgenden Sitzung möglich. Aufgrund des Verwertungsinteresses des Eigentümers wurde auch das Nachbargrundstück Uferstraße 9A in den Geltungsbereich einbezogen. Dies stellt eine räumlich-strukturelle Verbesserung dar.

Herr Wende spricht sich gegen eine Einzelabstimmung aus. Die Vorgaben müssen nicht zwingend umgesetzt werden und die Meinungen darüber können sich auch im Verfahren ändern. Als Ergebnis der Debatte vom Altstädter Platz sollten Festsetzungen nicht zur Geschossigkeit, sondern zu den Gebäudehöhen erfolgen. Die Sorgen von Anwohnern müssen beachtet, aber nicht als zwingende Vorgabe angesehen werden. Er wünscht sich eine Wegeverbindung über den Spreearm. Auch sollten **Zitate** der ursprünglichen Nutzung erhalten bleiben. Den Zuschlag sollte das schlüssigste Konzept erhalten und nicht unbedingt der Meistbietende.

Herr Fischer sagt, dass diese Zuschlagsentscheidung die GIP als Eigentümer treffen wird. Hierauf kann über den Aufsichtsrat eingewirkt werden. Er schlägt vor, die Gebäude zur Spree hin höher zu gestatten als zu den Nachbargebäuden. Daraus sollten weniger Störungen resultieren. Allgemein spricht er sich zugunsten der Flächennutzung gegen Einfamilienhäuser aus. Die Grünfläche kann zu vorhandenen Wohnhäusern angrenzen. In jedem Fall sollten keine privaten Wasser-Grundstücke entstehen. Es ist ein **guter Kompromiss** anzustreben. Er regt an, als Vorgabe die Errichtung von Energie-Plus-Häusern aufzunehmen.

Herr Tschepe erläutert, dass eine Anbindung an den Weg auf die Landzunge zur Treidelbrücke vorgeschlagen wird. Fraglich bleibt jedoch die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit. Ein alternativer **Fußweg am Ufer** ist über B-Plan 47 geregelt. Am Wasser liegen bundeseigene Funktionsflächen.

Herr Zänker fragt, ob es eine **Baugrund**untersuchung gab. Herr Tschepe antwortet, dass im Spree-nahbereich grundsätzlich Baugrundprobleme zu erwarten sind. Diese können durch bauliche Maßnahmen aufgefangen werden. Wegen der aus dem Umgang mit dem Boden und der Sanierung der Altnutzung resultierenden hohen Kosten dürfte der Bau von Einfamilienhäusern kaum rentabel sein.

Herr Hemmerling hätte konkretere Planungen begrüßt. Er weist darauf hin, dass alle Umlandkommunen Bauland ausweisen und die Stadt ein Interesse haben sollte, am Zuzug zu partizipieren. Der Schornstein sollte jetzt abgerissen werden, da er in keinem guten Zustand ist und zukünftig eine **Gefahrenquelle** für die umliegende Bebauung darstellen würde. Die Nutzbarkeit der Treidelbrücke durch die Öffentlichkeit wäre wünschenswert. Dies sollte in jedem Fall als langfristiges Ziel verfolgt werden. Auch er zieht die Mehrfamilienhausbebauung der Errichtung von Einfamilienhäusern vor.

Herr Hamacher regt die Weitergabe des Grundstückes über **Erbbaupacht** an.

TOP 8.7 Beschluss zur Bildung des 2. Abschnitts Emma-Reich-Straße 6/DS/856

Herr Tschepe erläutert, dass es sich bei der Abschnittsbildung um eine Formalie handelt, die notwendig ist, um die Herstellungskosten der Abschnitte einzeln abrechnen zu können.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Es wird die Bildung des 2. Abschnitts der Emma-Reich-Straße vom Heuweg bis zur Langewahler Straße beschlossen.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Beschluss über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree 6/DS/861

Herr Tschepe führt einleitend aus, dass sich die Verwaltung entsprechend der getroffenen Absprache aus der Diskussion heraus halten wird. Die Diskussion zur Geschäftsordnung müsste aber auch in den Ortsbeiräten geführt werden, da diese auch betroffen wären.

Herr Wende sieht bei dem Vorschlag zwei Knackpunkte: Die Fraktion „Die Linke“ ist gegen die Begrenzung der **Redezeit** in den Ausschüssen, da hier die tiefergehenden Diskussionen geführt werden sollen. Ferner sollten den Berechtigten auch die Tonprotokolle für die nicht öffentlichen Sitzungsteile zugänglich sein.

Herr Fischer erläutert, dass der Redezeitbegrenzungsvorschlag von Herrn Koch kam, um eine strukturierte Sitzungsleitung zu ermöglichen. Die Vorsitzenden können jedoch auch schon jetzt Redebeiträge beenden, und die Abgeordneten ebenso über Geschäftsordnungsanträge. Der Hintergrund des ungleichen Verfahrens mit den **Tonprotokollen** der öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzungsteile ist unklar. Auch Herr Hamacher teilt die Meinung der Rechtsstelle zum Umgang mit den Tonprotokollen an dieser Stelle nicht.

Es wird einstimmig beschlossen, dass der Tagesordnungspunkt ohne Abstimmung beendet wird.

TOP 8.9 Prioritätenlisten für den Haushaltsmittelbedarf der Stadt Fürstenwalde/Spree für den Zeitraum 2019 bis 2022 6/DS/872

Herr Tschepe sagt, dass die Drucksache in allen drei Ortsbeiräten besprochen wird, auch wenn dies aus der Sitzungsfolgendarstellung nicht hervorgeht. Es handelt sich um die Prioritätenliste der Maßnahmen, die noch nicht im beschlossenen Haushalt enthalten sind. Für den Haushalt 2020 muss sie auf Aktualität geprüft und fortgeschrieben werden. Im Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen war die Drucksache zu spät verfügbar und wurde daher auf die nächste Sitzung **verschoben**. Der Stadtentwicklungsausschuss kann ebenso verfahren. Aktuelle Ergänzungen seit dem 19.02. sind in roter Schrift dargestellt. Die Prioritäten sind nicht mehr gruppiert, sondern sollen als konkrete Rangfolge bestimmt werden.

Herr Fischer ergänzt, dass neu zur Verfügung stehende Mittel zum Beispiel durch Senkung der Kreisumlage nicht für investiven Bereich genutzt werden können. Herr Tschepe stimmt der Aussage grundsätzlich zu, allerdings wird durch die Kämmerei gerade bei drei Positionen die korrekte Abbildung geprüft. Herr Fischer betont, dass die Prioritätenlisten auch für **Folgejahre** wichtig sind, da sie fortgeführt werden sollen. Dies bedeutet einmalig große Arbeit, die künftig nur ergänzt bzw. abgearbeitet werden muss.

Herr Wende findet den Gedanken, die Prioritätenlisten fortzuführen, grundsätzlich richtig, aber die Erfahrung des Landkreises zeigt, dass solche Listen immer länger werden. Ziel sollte es sein, den Nachtragshaushalt noch vor der Kommunalwahl abzuschließen, ggf. auch schon vor dem Beschluss der Prioritätenlisten, da sich neue Abgeordneten erst mühselig in das Verfahren einarbeiten müssten. Da es sich um eine sehr große Liste handelt, ist viel **Zeit notwendig**. Herr Wende vermutet, dass je nach Behandlungszeitpunkt die einzelnen Punkte unterschiedlich lang besprochen werden würden.

Herr Wende würde sich Hinweise der Verwaltung zu den Einzelpunkten als **Richthilfe** wünschen: Handelt es sich bspw. um geförderte Projekte oder betrifft es Entwicklungsschwerpunkt, wie ist der Stand der Vorarbeit bei dem Projekt oder ist es ein INSEK-Projekt. Er bemängelt auch, dass der

jährliche Bericht zum Sachstand bei den Investitionsvorhaben, der die Diskussion erleichtern würde, noch immer fehlt. Weiterhin fehlen einige neue Projekte. Er regt eine Zusatzsitzung vor der Märzsession an, um in dieser in Ruhe darüber debattieren zu können.

Herr Hajduk sagt, dass die Prioritätenliste 2019 bis auf wenige Punkte (1+) abgearbeitet wurde. In der neuen Prioritätenliste vermisst er einige verabredete Projekte und auch sind einige Summen falsch. So fehlt bspw. die Planung für das Heidefeld. Herr Hamacher verweist darauf, dass diese möglicherweise in die Umsetzungsliste verschoben wurde.

Herr Hilke empfindet dies als problematisches Vorgehen. Die Prioritätenfestsetzung könnte besprochen werden, würde aber vermutlich die einzelnen Abgeordneten in ihrer Detailschärfe überfordern. Er wünscht sich die Präsentation eines **Gesamtkonzeptes** durch die Verwaltung, das aufzeigt, wie die einzelnen Maßnahmen darin eingebettet sind. Es sollte einen Leitfaden geben. Er ist dagegen, heute über Einzelmaßnahmen abzustimmen. Vorher sollte der Bürgermeister oder der Fachbereichsleiter die dringlichsten Einzelprojekte benennen, um Leitplanken für die Entscheidung zu erhalten. Die Einzelabstimmung sollte in den Fraktionen erfolgen. Anschließend sollten sich die Fraktionsvorsitzenden mit oder ohne den Bürgermeister zu einer Vorabstimmungsrunde treffen.

Herr Hamacher kann die befürchtete Überforderung nachvollziehen, da es sich um eine lange Liste handelt und nur wenig Geld verteilt werden kann. Bisher wird bei Nichtumsetzung von Beschlüssen die **Verwaltung beschuldigt**. Künftig sollen die Abgeordneten selber entscheiden können und die Verantwortung übernehmen. Die genaue Umsetzung muss gemeinsam geklärt werden.

Herr Hemmerling findet das Ergebnis als Ziel richtig. Die Randbedingungen für die Prioritätenbildung sind oftmals **nicht bekannt**, aber wichtig für die Entscheidung. Er würde einen Vorschlag für die Priorisierung durch die Verwaltung als Vorlage begrüßen.

Herr Almes stellt fest, dass trotz des begrenzten Budgets in den vergangenen Jahren viele Wünsche und Vorstellungen geäußert wurden und aufgelaufen sind. Eine Priorisierung in der Form kann vermutlich auch die Verwaltung nicht leisten. Die Abgeordneten sollten die Projekte in Ruhe durcharbeiten und dann einen Beschluss treffen. Für ihn stellen die aktuellen Probleme nur lösbar **Startschwierigkeiten** dar.

Auch Herr Benz betont, dass die Darstellung von Leitplanken durch die Verwaltung wichtig ist. Er fordert Herrn Hilke auf, seinen **Antrag** zu formulieren. Herr Hilke formuliert den Antrag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die aus Sicht der Verwaltung notwendigsten und vordringlichsten Vorhaben zu identifizieren und kurz zu begründen. Die Prioritätenliste wird mit den entsprechenden Vorgaben des Bürgermeisters in die jeweiligen Fraktionen gegeben, um eine Willensbildung innerhalb der Fraktionen zu ermöglichen. Anschließend wird eine Runde der Fraktionsvorsitzenden einberufen, gern auch mit dem Bürgermeister, um mit den Ergebnissen der Fraktionsberatungen über die Priorisierung der Maßnahmen zu diskutieren. Als Ergebnis der Diskussion wird der Stadtverordnetenversammlung eine Prioritätenliste vorgeschlagen über die debattiert und abgestimmt wird.

Herr Fischer kann den Antrag nur in Teilen nachvollziehen. Dass detailliertere Beschreibungen als Arbeitsgrundlage gewünscht werden, ist nachvollziehbar. Die **Entscheidung** sollten aber die Abgeordneten treffen und dazu sollten die einzelnen Fachgruppenleiter mit ihrem Fachwissen anwesend sein, um Fragen zu beantworten. Er regt eine entsprechende Änderung des Antrags an.

Über den Antrag von Herrn Hilke wird abgestimmt. Er wird mit acht Ja-Stimmen, bei drei Nein-Stimmen angenommen.

Herr Wende merkt an, dass die Entscheidung weiterhin durch die Abgeordneten erfolgt, z.B. mit Beschluss des Haushalts oder der Zustimmung bzw. Ablehnung von Bauprojekten. Ziel ist es, mehr Informationen zu erhalten, um die Entscheidungen treffen zu können.

Herr Hajduk bittet um die Einbeziehung der Ortsbeiräte in die Runde.

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass aufgrund der milden Witterung die **Tiefbauarbeiten** im 2. Bauabschnitt in der Ketschendorfer Feldmark wieder aufgenommen wurden. Die Baumaßnahmen im Domumfeld werden am 4. März im Bereich Kapitelhaus/kleiner Platz beginnen.

In der **Lindenstraße** werden ab morgen Baumfällungen im Abschnitt James-Watt-Straße–Bahnübergang stattfinden. Dieser Abschnitt kann jetzt doch einzeln realisiert werden. Das Land fördert die Baumaßnahme bis zu einer Fahrbahnbreite bis 6,50 m. Im Frühjahr wird es für Eigentümer und Gewerbetreibende eine Informationsveranstaltung geben. Der Baustart ist für Mai vorgesehen. Herr Almes fragt, ob die Fahrbahn jetzt schmaler gebaut würde. Dies ist nicht der Fall, sagt Herr Tschepe. Die Fahrbahn wird, wie aufgrund des hohen Schwerlastverkehrs geplant, in einer Breite von 7 m errichtet. Aus der begrenzten Förderung ergibt sich, dass die Anteile für die Stadt und, über die Umlage, der anliegenden Eigentümer steigen. Eine genaue Summe kann beziffert werden, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Keßlau berichtet, dass es im Zuge der Einführung der neuen **Straßenreinigungssatzung** zu Verwirrung gekommen ist: Im Bereich Wladimir-Komarow-Straße sowie Paul-Frost-Ring wurden die zusätzlichen Leistungen nicht erbracht, da die damit beauftragte Firma keinen diesbezüglichen Auftrag erhalten hat. Herr Tschepe wird die Angelegenheit prüfen lassen und eine schriftliche Antwort in der Stadtverordnetenversammlung geben. Derzeit wird die Ausschreibung der Leistungen für die nächsten Jahre vorbereitet. Möglicherweise ist für die Übergangszeit eine Regelungslücke entstanden.

Herr Saliter lobt, dass durch die **Pflegemaßnahmen am Gehweg** vor dem alten Kasino in der Neuen Gartenstraße eine deutliche Verbesserung eingetreten ist. Herr Tschepe wird das Lob weitergeben und ergänzt, dass der zum größten Teil im desolaten Zustand befindliche Gehweg im weiteren Verlauf neu hergestellt werden wird. Aufgrund von Denkmalschutzvorgaben wird hierfür teures Mosaiksteinpflaster eingebaut. Dies wird allerdings gefördert.

Herr Benz sagt, dass durch die Veränderungen der Schaltzeiten an der **Ampelkreuzung** August-Bebel-Straße/Bahnhofstraße eine deutliche Verbesserung spürbar ist.

Herr Benz weist darauf hin, dass die Geh-/Radwege auf den **Sprebrücken** bei Frost spiegelglatt sind und dort morgens regelmäßig stürzende Fußgänger und Radfahrer beobachtet werden können. Dies muss dringend geändert werden.

Herr Benz fragt nach dem Gehweg in der **Erich-Weinert-Straße** im Bereich Querung bei der Lotichiusstraße. Herr Tschepe sagt, dass die Realisierung für 2019 angestrebt wird. Da es sich um eine Landesstraße handelt, gab es einen längeren Abstimmungsprozess.

Herr Almes fragt nach der Wiederherstellung des Geh- und Radwegs im Bereich Lotichius-/Rauener Straße (**AWO-Baustelle**). Die Information wird nachgeliefert, sagt Herr Tschepe. Er ergänzt, dass die Fahrbahndecke im Bereich erst geschlossen werden kann, wenn die Temperaturen dauerhaft oberhalb von 5°C liegen.

Herr Henkel fragt nach dem Vorgehen mit den Beschlüssen zum **Lärmaktionsplan**. Herr Tschepe sagt, dass das Werk beim Land eingereicht wird, welches es bei der EU einreichen wird. Zu den beschlossenen Maßnahmen werden Einzelgutachten gebraucht. Diese werden nacheinander beauftragt und kosten ca. 4.000 Euro je Straße.

Herr Fischer fragt nach den Tätigkeiten in der **Grünfläche** zwischen Wiesengrund und Sembritzkistraße. Hier fanden im Auftrag der Stadt Baumpflegemaßnahmen statt, erläutert Herr Tschepe, die Fläche bleibt als Biotop erhalten. Die Einzelmaßnahmen können nachgeliefert werden.

Herr Hemmerling bezieht sich auf den MOZ-Artikel zum Grundstück **Eisenbahnstraße 118** und kritisiert, dass dort vertrauliche Details zu lesen waren. Er fragt nach dem aktuellen Stand der Dinge. Herr Tschepe sagt, dass die Stadt im Gespräch mit dem Beauftragten des Eigentümers zum Kauf des Grundstückes ist. Der Kauf kann durch ASZ-Mittel gefördert werden.

Herr Starcken fragt, welche Gründe für das Sinken des **Bodenrichtwertes** im Bereich Neue Gartenstraße vorliegen. Dies ist gegen den gesamtstädtischen Trend. Herr Tschepe wird dies zur Stadtverordnetenversammlung beantworten. Der Bodenrichtwert speist sich aus den realen Preisen aktueller Verkäufe.

Herr Fischer fragt nach dem Stand für das Bauvorhaben am **Ulanenring**, welches Herr Momper vor einiger Zeit im Ausschuss vorgestellt hatte. Herr Tschepe führt aus, dass der Vorhabenträger weiterhin Interesse an der Ausführung hat. Vor kurzem fand die frühzeitige Beteiligung zum Bebauungsplan 102 statt, in dessen Geltungsbereich das Vorhaben liegt. Zwischen Eigentümern besteht aber ein erhöhter Abstimmungsbedarf wegen der Erschließungsanlagen. Ein Büro arbeitet an der Erstellung des Bebauungsplanes.

Herr Starcken fragt nach dem Stand zur **Straßenbenennung** am Altstädter Platz aus dem letzten Ausschuss. Herr Tschepe informiert, dass es für die Qualifizierung der Namensvorschläge ein Gespräch mit dem Museum und der Gleichstellungsbeauftragten gegeben hat. Deren Vorschläge werden gesammelt, in die Drucksache eingearbeitet und den Abgeordneten präsentiert. Dies war zur heutigen Sitzung noch nicht möglich. Es werden entsprechend der Anregungen in der letzten Sitzung sowohl Namen nach Frauen als auch Namen mit historischen Bezügen zum Ort zur Namensgebung vorgeschlagen.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:05 Uhr.

Kai Hamacher

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer